

Regulierer weltweit unterzeichnen gemeinsame Stellungnahme zur zukünftigen Regulierung des Online- Sektors

IRIS 2023-5:1/26

*Dr. Jörg Ukrow
Institut für Europäisches Medienrecht (EMR), Saarbrücken/Brüssel*

Die Vorsitzenden der audiovisuellen Regulierungsverbünde Afrikas, Europas, des Mittelmeerraums, Iberoamerikas und der Frankophonie – d.h. des African Communication Regulation Authorities Network (ACRAN), der European Regulators Group for Audiovisual Media Services (ERGA), des Global Online Safety Regulators Network (GOSRN), des Mediterranean Network of Regulatory Authorities (MNRA), der Platform of Ibero-American Audiovisual Regulators (PRAI) und des Francophone Network of Media Regulators (REFRAM) haben anlässlich der Globalen UNESCO-Konferenz „Internet für Vertrauen“ (Internet for Trust) vom 21. bis 23. Februar 2023 in einer am Schlußtag der Konferenz angenommenen gemeinsamen Stellungnahme Eckpunkte einer zukünftigen Regulierung des Online-Sektors präsentiert. Unter Rückgriff auf das globale Mandat der UNESCO, den freien Fluss von Ideen in Wort und Bild zu fördern und unter Bezugnahme auf die Artikel 19 und 20 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, sprechen sie sich in Anbetracht der Vorherrschaft digitaler Plattformen in den Gesellschaften und der sich daraus ergebenden Probleme und Herausforderungen für den Schutz der Grundrechte aus, insbesondere der Rechte auf freie Meinungsäußerung, auf verlässliche und qualitativ hochwertige Informationen und auf Schutz vor hasserfüllten Inhalten und Diskriminierung. Sie schließen sich den von der UNESCO im digitalen Umfeld verfolgten Zielen an, die freie Meinungsäußerung zu unterstützen und Informationen als öffentliches Gut zu sichern, während sie sich mit Inhalten befassen, die den Menschenrechten und der Demokratie schaden oder schaden könnten, insbesondere mit Inhalten, die Hass, Aufstachelung zur Gewalt, Belästigung und Diskriminierung von Frauen, Minderheiten und anderen schutzbedürftigen Gruppen sowie Fehlinformationen oder Desinformation vermitteln. Die Regulierungsverbünde teilen den Willen, kohärente Regulierungssysteme für alle Regionen zu entwickeln, um diese Ziele besser zu erreichen und gleichzeitig die Fragmentierung des Internets zu minimieren. Sie begrüßen die Verpflichtung zur Förderung unabhängiger Regulierungssysteme für Online-Inhalte, die im Rahmen der Gesetze und unter der Aufsicht der Justiz etabliert sind und die Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Privatsphäre und Meinungsfreiheit zu achten. Sie unterstützen das Bestreben, digitalen Plattformen Sorgfalts- und Transparenzpflichten aufzuerlegen, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit Online-Inhalten zur Sicherheit der Nutzer. Die Unterzeichner der Stellungnahme sind sich einig über

die Bedeutung eines Risikobewertungsprozesses und anderer Maßnahmen für digitale Plattformen, die u.a. darauf abzielen, die Integrität von Wahlen zu schützen und auf größere Krisen wie Konflikte, Kriege, Naturkatastrophen, gesundheitliche Notfälle oder plötzliche Weltereignisse zu reagieren. Sie unterstützen nachdrücklich den Willen, die Medien- und Online-Informationskompetenz durch digitale Plattformen zu entwickeln und den Zugang zu den für Forschungs- und Regulierungszwecke erforderlichen Daten zu öffnen, wobei der Schutz personenbezogener Daten in vollem Umfang gewährleistet sein muss. Sie teilen den Willen, der dem grundlegenden Ziel der sprachlichen Vielfalt entspricht, digitale Plattformen für alle Nutzer zugänglicher zu machen, insbesondere durch eine Erweiterung der Sprachen, in denen sie kontaktiert werden können. Die Vorsitzenden der Regulierungsverbünde bekräftigen die Bereitschaft ihrer jeweiligen Netzwerke zu einem globalen, gemeinsamen und von mehreren Interessengruppen getragenen Raum für die Debatte und den Austausch bewährter Verfahren zur Regulierung digitaler Plattformen beizutragen und in diese zu investieren. Sie bekräftigen in der Stellungnahme abschließend feierlich ihre eigenen Verpflichtungen zum Schutz und zur Förderung der Grundrechte, insbesondere des Rechts auf freie Meinungsäußerung, bei ihrer Arbeit.

Erklärung der Netzwerke der Regulierungsbehörden für Medien und Online-Sicherheit Aus Anlass der globalen UNESCO Konferenz "Internet für Vertrauen"

